

Genossenschaften selbstverwaltete Betriebe und Projekte soziale Unternehmen

Potentiale wirtschaftlicher Selbsthilfe in Berlin

Infotag im Rathaus Pankow

Donnerstag, 30. März 2006, 9:00 bis ca. 17:30 Uhr

Dokumentation



Eine Veranstaltung des
NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation
Berlin-Brandenburg e.V.
im Rahmen des Agenda 21-Leitprojekts
"Beschäftigungsorientierte Genossenschaften"



gefördert durch
IZT-Projektagentur
"Zukunftsfähiges Berlin"
aus Mitteln der Stiftung
Deutsche Klassenlotterie Berlin



Genossenschaften - selbstverwaltete Betriebe und Projekte - soziale Unternehmen: Potentiale wirtschaftlicher Selbsthilfe in Berlin

Donnerstag, 30. März 2006, 9:00 bis ca. 17:30 Uhr

Wir laden ein

- zum **Austausch** über praktische Fragen, gemeinsame Interessen und Möglichkeiten der weiteren Zusammenarbeit,
- zur **gemeinsamen Darstellung** der Vielfalt und der Potentiale wirtschaftlicher Selbsthilfe in Berlin.

Auf einer **Projektemesse** könnt Ihr Euch vorstellen, in Arbeitsgruppen über praktische Fragen oder eine zukünftige Zusammenarbeit diskutieren, und nicht zuletzt in den Pausen alte FreundInnen wieder treffen und neue Menschen und Projekte kennen lernen.

Und am Abend möchten wir mit Euch **feiern**.

Der Eintritt ist frei.

Speisen und Getränke gegen Entgelt.

Ort

Rathaus Pankow

Breite Straße 24a-26, 13187 Berlin

S- und U-Bhf. Pankow, S-Bhf. Wollankstraße

Tram: M1, Bus: M 27, 107, 155, 250, 255

Wir bitten für die Planung um **Anmeldung bis 27.03.06**

(Teilnahme ohne Anmeldung kurzfristig möglich).

Schirmfrau

Almuth Nehring-Venus, Bezirksstadträtin

und Leiterin der Abteilung Kultur, Wirtschaft und öffentliche Ordnung, Bezirk Pankow

Veranstalter

NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e.V. www.netz-bb.de

Programm

09:00 Einlass

09:30 Begrüßung Almuth Nehring-Venus und Elisabeth Voß
anschl. Rundgang durch die Projektemesse

10:30 Podium I

Grußwort: Heiko Glawe (DBG Bezirk Berlin-Brandenburg)

Nachhaltige Arbeit in genossenschaftlichen Strukturen

Eckart Hildebrandt (WZB und Fachforum Zukunft der Arbeit)

Berliner Genossenschaften im Internet

www.genossenschaften-in-berlin.de

Der Vernetzungszusammenhang genossenschaftlicher Unternehmungen und

Initiativen Anette Schill (Regenbogenfabrik)

Soziale Unternehmen in Berlin - Situation und Potentiale

Günther Lorenz (Technet)

Vorstellung der Arbeitsgruppen

Moderation: Elisabeth Voß

12:00 Mittagspause

13:00 Arbeitsgruppen

AG 1: NETZ und BEST - Unterstützungsstrukturen für genossenschaftliche und soziale Unternehmungen (Heike Birkhölzer, Elisabeth Voß):

Wir stellen kurz NETZ (Unternehmensverband) und BEST (Entwicklungsagentur) vor, dann überlegen wir gemeinsam, welche Formen der Unterstützung Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe, Hausprojekte und soziale Unternehmen brauchen.

AG 2: Soziale Ziele ökonomisch umsetzen - Wie wirtschaften soziale Unternehmen?

(Peter Herbaum, Günther Lorenz):

In der Arbeitsgruppe wollen wir untereinander klären, was unsere Wirtschaftsweise von der anderer Unternehmen unterscheidet und welche zusätzlichen betriebswirtschaftlichen Instrumente wir dazu benötigen.

AG 3: Netzwerke und Kooperationen - Chancen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt

(Dieter Burmeister, Norbert Thömen):

Am Beispiel einer Studie der TU Chemnitz werden wirtschaftliche Vorteile von Netzwerken / Kooperationen dargestellt, sowie die Genossenschaft als besonders geeignete, aber oft benachteiligte Rechtsform. Was sind unsere Anforderungen an die Politik?

AG 4: Die Häuser denen, die sie nutzen - Immobilien in genossenschaftlichem Eigentum

(Anette Schill):

Angesichts der Immobilien-Privatisierungen in Berlin bekommen Hausprojekte eine neue Bedeutung. Wir möchten uns über gegenseitige Unterstützungsmöglichkeiten, sowie über finanzielle, rechtliche und politische Erfordernisse austauschen.

15.00 Kaffeepause

15:30 Podium II

Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen

Verabredungen zur weiteren Zusammenarbeit

16:30 Projektemesse und informeller Austausch (Ende 18 Uhr)

ab 20 Uhr Tagungs-Party (öffentlich) in der Regenbogenfabrik mit Hard Beat Five (Oldies)
Lausitzer Straße 22, 10999 Berlin (U-Bhf. Görlitzer Bahnhof oder Kottbusser Tor, Bus 129, N44.

Wirtschaftliche Selbsthilfe in Berlin

Wirtschaftliche Alternativen sind nicht nur eine Idee für die Zukunft, sondern bestehende Realität. In Berlin gibt es eine Vielfalt an Unternehmungen, die schon heute anders wirtschaften: Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe, Hausprojekte, soziale Unternehmen und andere kooperative Zusammenschlüsse. In unterschiedlichen Rechtsformen und Betätigungsfeldern arbeiten Menschen in einem sozialen Umfeld, in mehr oder weniger selbstbestimmten Strukturen, und erstellen sinnvolle und bedarfsgerechte Produkte und Leistungen.

Im Unterschied zu herkömmlichen, kapitalistischen Unternehmen ist das Ziel dieser Unternehmungen nicht in erster Linie das Erwirtschaften von Gewinn, sondern:

- Sie wirtschaften für den Nutzen der Beteiligten (genossenschaftliche Unternehmungen),
- Sie verfolgen darüber hinaus oft gesellschaftliche Ziele (soziale Unternehmen).

Mitmachen beim Internet-Portal: Kostenloser Eintrag für genossenschaftliche Unternehmungen auf der Website

www.genossenschaften-in-berlin.de

Für das Internet-Portal bekommen genossenschaftliche Unternehmungen (unabhängig von ihrer Rechtsform) ein eigenes Passwort. Damit kann ein Datensatz zum eigenen Projekt angelegt (und jederzeit verändert) werden. Darüber hinaus können Informationen (eigene Veröffentlichungen), Termine und Links (Verweise auf fremde Veröffentlichungen) auf die Website gestellt werden. Initiativen können sich ebenfalls darstellen.

Bei Interesse einfach eine Mail schicken an: elisabeth.voss@netz-bb.de

Veranstalter

NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e. V. www.netz-bb.de

Schirmfrau

Almuth Nehring-Venus (PDS), Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Kultur, Wirtschaft und öffentliche Ordnung, Bezirk Pankow

www.berlin.de/ba-pankow/verwaltung/kultwi/index.html

Mitveranstalter

Arbeitskreis zukunftsfähiges Wirtschaften der Lokalen Agenda 21 Pankow www.berlin.de/ba-pankow/buergerdienste/wasistwo/lokaleagenda.html

Brotfabrik www.brotfabrik-berlin.de

Bürgersteig <http://los-pankow.de/gefoerdert.html#buergersteig>

Gewerbehof Saarbrücker Straße www.gidak.de/

inno-netz

Paula-Verbund mit BEST + Technet www.technet-berlin.de/

Regenbogenfabrik www.regenbogenfabrik.de

ServiceInfoTreff Wirtschaft & Arbeit www.serviceinfotreff.de/

Kooperationspartner

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg www.berlin-brandenburg.dgb.de/

Fachforum Zukunft der Arbeit in der lokalen Agenda 21

Netzwerk Selbsthilfe - ein politischer Förderfonds www.netzwerk-selbsthilfe.de/

Danksagung

Das Projekt wird gefördert durch die IZT-Projektagentur "Zukunftsfähiges Berlin" www.izt.de aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin.

Die Vorträge

Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe und Projekte, soziale Unternehmen – Potenziale wirtschaftlicher Selbsthilfe in Berlin

Heiko Glawe

DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Einladung zu dieser Abschlusstagung des Projekts zur Vernetzung sozialwirtschaftlichen Genossenschaften und Genossenschaftsinitiativen in Berlin. Ich freue mich besonders, da ich ja bereits bei der Bewilligungsrunde im Rahmen der Zukunfts-Agentur dabei war. Angesichts der Vielzahl von Projekten hat man ja leider viel zu selten die Gelegenheit, den Verlauf und die Ergebnisse eines einzelnen Projekts zu verfolgen.

Allerdings galt diesem Projekt auch mein besonderes Interesse, sowohl persönlich als auch aus Sicht des DGB.

Viele der hier Anwesenden wissen, dass es bis vor einiger Zeit einen Arbeitskreis Genossenschaften beim DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, gab, aus dem u.a. konkrete Anregungen für die Öffnung des arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramms (ARP) zur Förderung genossenschaftlicher Existenzgründungen gekommen sind.

Auch wenn der Arbeitskreis inzwischen nicht mehr existiert, so ist damit keineswegs das Interesse des DGB-Bezirks verschwunden. Das Problem lag wohl eher in der Anbindung des Arbeitskreises beim DGB, der ja selbst kein aktiver Akteur im konkreten Gründungsgeschehen ist. Der DGB und die Gewerkschaften können und sollten auch keine zentrale Rolle in der Interessenvertretung von genossenschaftlichen Akteuren gegenüber der Politik anstreben. Ich komme gleich darauf zurück.

Der Hintergrund der bereits erwähnten Änderung war bekanntermaßen die politische Absichtserklärung im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Linkspartei.PDS von 2003, die Potenziale von Genossenschaften stärker zu erschließen.

Diese Tagung und dieses Projekt bieten, wenn auch so nicht im Programm, eine Gelegenheit zu einer kleinen, wenn auch empirisch völlig unvollständigen und daher eher „gefühlten“ Zwischenbilanz dieser politischen Zielsetzung.

Dazu in Kürze ein paar Thesen:

1. So ganz ließ sich 2003 und lässt sich auch heute der Eindruck nicht verleugnen, dass die hehre politische Absicht das Eine, die gezielte konzeptionelle Umsetzung durch die zuständigen politischen Stellen das Andere ist. Für die Zukunft wäre m.E. von beiden Seiten, sowohl vom Senat als auch von den genossenschaftlichen Akteure und sozialen Unternehmen ein kontinuierlicher, handlungsorientierter Dialog hilfreich, den wir seitens des DGB sicherlich gerne konstruktiv begleiten werden.
2. Die Änderung der ARP-Richtlinien hat bekanntermaßen keine große Rolle bei der Gründung neuer Genossenschaften gespielt.
3. Auf der anderen Seite gibt es sehr wohl positive Beispiele. Ich denke da an die Saarbrücker Str., an die Initiative in Schöneberg, an das B.E.S.t.-Projekt in Pankow

aber auch das Überleben der Stadtteilgenossenschaft Wedding oder, last but not least, dieses Projekt, das hier vorgestellt wird. Außerdem hat m.E. die erstaunliche Resonanz von außen auf die Berliner Diskussion gezeigt, dass der Bedarf an Ideen und Konzepten für soziale Unternehmen da ist und steigt.

4. Wie bereits erwähnt müssen sich m.E. auch die Akteure, also die sozialen Unternehmen und ihre Unterstützer/innen, stärker vernetzen, um ihre Forderungen und Vorschläge gegenüber dem Senat besser vertreten zu können. Aus eigener Erfahrung weiß ich sehr wohl, dass diese Vernetzung nicht einfach ist. Sie erfordert vor allem eines, nämlich Selbstorganisation – wenn auch in einer spezifischen Form.

Ziel dieses Projekt war die Erstellung einer Homepage. Mindestens ebenso wichtig erscheint mir jedoch der Prozess, der, so hoffe ich, ein wichtiger Schritt zu der erwähnten Vernetzung war und es hoffentlich auch weiterhin sein wird.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine konstruktive Tagung und weitere derartige Schritte für die Zukunft – vor der Wahl und darüber hinaus.

Nachhaltige Arbeit in genossenschaftlichen Strukturen

Eckart Hildebrandt

Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

Ziel des Beitrags ist es erstens, die analytisch-normativen Orientierungen aus dem Agenda-Prozess einzubringen und zweitens, den Aufbau von Genossenschaften in die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft einzuordnen.

1. Ausgangspunkt ist Nachhaltigkeit als gesellschaftliches Leitbild und Quelle von Indikatoren **nachhaltiger Arbeit**

Gesellschaftlicher Bezug ist die Erosion der Erwerbsarbeit und der Trennung zwischen Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlich notwendigen und sinnvollen Tätigkeiten (Entgrenzung). Diese Entwicklung erfordert einen

erweiterten Arbeitsbegriff = Blick auf das ganze Leben/Lebensqualität und auf alle gesellschaftlichen Ressourcen über die Erwerbsarbeit „als einzige Quelle gesellschaftlichen Reichtums“ hinaus.

2. Analyse des Erosionsprozesses mittels des Konzepts **Mischarbeit**:

d.h. Betrachtung der Kombinationen verschiedener Tätigkeiten, alltäglich und im Lebensverlauf (individuell und gesamtgesellschaftlich) (vgl. *Schaubild*);

d.h. Aufwertung nachgeordneter, sog. informeller Arbeiten, insb. auch Gemeinschaftsarbeiten wie Nachbarschaftshilfe und personenbezogene Dienstleistungen im lokalen Bereich (soziale Integration);

d.h. Entwicklung und Transfer von Qualifikationen/Kompetenzen zwischen den Tätigkeitsfeldern.

Die Entscheidung zu Übergängen zwischen verschiedenen Tätigkeiten und neuen Kombinationen (Wahlfreiheit) setzt die Sicherung der Grundversorgung durch Mischeinkommen voraus. Der Stellenwert von Erwerbsarbeit dabei ist umstritten.

3. Individuelle Bewertung der Kombinationen im Konzept des „**Balancierens von Arbeit und Leben**“. Sie findet auf zwei Ebenen statt:

- a. subjektiv: Zufriedenheit, Wohlbefinden
 - b. objektiv: Gesundheit (vs. Selbstaussbeutung, Stress), soziale Einbettung (Familie, Freundeskreis), Mindestversorgung, Einstiegsqualifikationen, Wahlmöglichkeiten
4. Bewertung der Kombinationen bezüglich der Integration in das Erwerbsarbeitssystem: **Prekarität** im Kontrast zu Normalarbeitsverhältnis.

Das bedeutet weiterhin Zentralität von Erwerbsarbeit, keine vollständige Entwurzelung und Pauperisierung („Schwebephase“), aber Prekariere haben keine Reserven, sie sind „Lückenbüsser“ und müssen ggfs. ihre Ressourcen verschleissen. Aufstiegs- und Abstiegsprozesse, Verbreitung einer allgemeinen Unsicherheit.

Neue Formen **gesellschaftlicher Spaltung** (*Schaubild*) anhand

O unterdurchschnittliches Niveau von Einkommen, Schutz und Integration

O Sinnverluste, soziale Isolation, Statusunsicherheit, Anerkennungs- und Planungsdefizite

O Verlagerung von primärer (materieller) zu sekundärer Integration (Erwartungen an Normalarbeitsverhältnis, Angst vor Absturz)

Entstehen „erwerbsbiographischer Problemlagen“ (Dörre 2005, 58)

Aus der Anwendung dieser Konzepte auf die Organisationsform der Genossenschaft (Beschäftigten-, Selbstständigen-, Multistakeholdergenossenschaft) folgen **drei Fragen**:

- (1) Thematisierung von Arbeit und Leben/ Zentralität des Einstiegs in Erwerbsarbeit? (Selbstversorgung, Versorgungsnetzwerke, Gleichgewicht d. Arbeiten)
- (2) Abbau von Prekarisierung (Gruppeninitiative von Erwerbslosen, Selbsthilfe, Managementfähigkeiten) oder andere Art von Prekarität (solidarische Selbstaussbeutung i.V. Zeitaufwand/Einkommen, Instabilität)
- (3) Grad der Vernetzung mit anderen Institutionen der Sozialwirtschaft wie Tauschringe, Lokalwährungen, bürgerschaftliches Engagement etc.

Ergänzend zum Vortrag von Eckart Hildebrandt hier die Folien mit dem Schaubild:
http://www.netz-bb.de/pages/Hildebrandt_Folien.pdf

Der Vernetzungszusammenhang Berliner Unternehmungen und Initiativen

Anette Schill

Regenbogenfabrik

Im Rahmen des Leitprojektes „Beschäftigungsorientierte Genossenschaften“ haben sich seit Herbst 2005 verschiedene Unternehmungen aus Berlin getroffen, die alle im weitesten Sinne genossenschaftlich denken, handeln und arbeiten. Entscheidend dabei ist nicht die jeweilige Rechtsform (Genossenschaft, Verein, GmbH etc.) sondern vielmehr der genossenschaftliche Gedanke der gemeinschaftlichen, demokratischen Selbsthilfe.

Die Regenbogenfabrik, die dieses Jahr ihr 25jähriges Bestehen feiert, hat sich dieser Initiative ebenfalls (begeistert!) angeschlossen. Wir sind ein Kreuzberger

Nachbarschaftszentrum, das in der Rechtsform eines gemeinnützigen Vereins – mit allen Schwierigkeiten, finanziellen und sonstigen Nöten zwischen Selbstverwaltung und Hartz IV – basisdemokratisch lebt und arbeitet. Dass wir damit offensichtlich im genossenschaftlichen Sinne handeln, war uns nie klar gewesen. Vielmehr war „Genossenschaft“ für uns irgend etwas Diffuses zwischen verstaubt und altbacken, zu groß, kompliziert und verknöchert – sicher jedoch nichts, mit dem wir hätten etwas anfangen können.

Im Kontext des genannten Zusammenschlusses und der Vorbereitungen für den Genossenschaftstag änderte sich dies grundlegend:

Zum einen bietet gerade der genossenschaftliche Gedanke Plattform und Chance für die Vernetzung unterschiedlichster MitstreiterInnen. Dies bezieht sich nicht nur auf die Rechtsform sondern auch auf höchst unterschiedliche Arbeitszusammenhänge und -inhalte, die vom Wohnen über soziale Einrichtungen bis zu kleinen Gewerbetreibenden mit den verschiedensten Schwerpunkten gehen – der Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt.

Damit bietet sich zum zweiten für alle Beteiligten die Möglichkeit, der (auch unter immer schwierigeren äußeren Bedingungen) drohenden Vereinzelung zu entkommen bzw. ausgetretene Pfade zu überwinden und gemeinsam neue Perspektiven zu entwickeln. Das Besondere dabei ist, dass dies nicht fachspezifisch geschieht, sondern übergreifende Lebens- und Arbeitszusammenhänge nutzt.

Allen gemeinsam ist dabei die Idee einer „solidarischen Ökonomie“, in der der scheinbare Widerspruch zwischen sozialem Denken und wirtschaftlichem Handeln nicht nur überwunden sondern produktiv für „Potentiale wirtschaftlicher Selbsthilfe“ genutzt werden soll. Dies geschieht im Rahmen von selbstverwalteten Betrieben, die wirtschaftlich sinnvolle Alternativen suchen und meist in lokalökonomische Zusammenhänge zur Förderung von (selbstbestimmter) Beschäftigung eingebunden sind. Sie wirtschaften dabei für den Nutzen der Beteiligten und verfolgen darüber hinaus oft auch gesellschaftliche Ziele.

Mit dem Gedanken eines gemeinsamen sozialen wirtschaftlichen Handelns in entsprechenden Vernetzungszusammenhängen wird dies alles optimiert. Dies ist nicht als halbherziger Kompromiss, der aus der Not geboren wird, zu verstehen, sondern zeigt Perspektiven für eine beschäftigungs- und wirtschaftsfördernde Zukunft in gemeinschaftlich orientierten Arbeits- und Lebenszusammenhängen auf.

Eine Chance, die wir alle zusammen nicht verpassen sollten !

Situation und Potentiale Sozialer Unternehmen in Berlin

Günther Lorenz

Technologie-Netzwerk Berlin

Seit nunmehr 5 Jahren gibt es 300 –400.000 registrierte, das sind real ca. 500.000 Arbeitslose, in Berlin.

Der Berliner Senat reagierte hierauf mit verschiedenen Maßnahmen; die meisten sind leider noch an konventioneller Wirtschaftspolitik orientiert (Anziehen von externen Investoren durch one-stop-shops etc.) oder man betreibt eine Arbeitsmarktpolitik, hinter der (zu Recht) nicht einmal die ganze Koalition steht.

Eine lobenswerte Ausnahme hiervon bildet das Konzept „Pro Kooperation und Pro Genossenschaft“, das als Ausdruck der Auffassung verstanden werden kann, das in den beschäftigungs- bzw. stadtteilorientierten Genossenschaften *ein* Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen gesehen wird.

Angesichts solch hoher und stagnierender Arbeitslosenzahlen in der Stadt sind wirtschaftspolitische Alternativen dringend erforderlich, weil offensichtlich nicht nur der öffentliche Sektor, sondern auch der private Sektor selbst im Aufschwung Arbeitsplätze abbaut. Zu den wirtschaftspolitischen Alternativen gehört sicherlich die Soziale Ökonomie, weil z.B. Stadtteilgenossenschaften, Integrationsfirmen, sozio-kulturelle Nachbarschaftseinrichtungen und andere soziale Unternehmen – vorwiegend in selbstbestimmten, kooperativen Zusammenhängen – Arbeitsplätze und neue Angebote bereitstellen.

Wir wissen noch nicht, wie viele solcher Unternehmen es im Mekka der alternativen und sozialen Kulturstadt Berlin gibt. Wir wissen nicht einmal, wie viele es im Bezirk Pankow gibt. Wir wissen jedoch aus europäischen Vergleichsstudien und unserer Beratungstätigkeit, dass viele ungenutzte Potentiale in diesen Unternehmen schlummern, die geweckt werden können und sollten. In einer Studie für das Bundesministerium für Bildung und Forschung wurde festgestellt, dass derzeit in der Bundesrepublik ca. 2 Mill. Arbeitsplätze (in Vollzeitäquivalenten: 1,5 Mill. Arbeitsplätze) von sozialen Unternehmen bereitgestellt werden.

Zur Realisierung dieser Potentiale müssen allerdings aufgrund ihrer sozialen Zielsetzung und einer daraus resultierenden anderen Wirtschaftsweise:

- zusätzlich zu den obligatorischen andere wichtige betriebswirtschaftliche Instrumente angewendet bzw. eine spezielle Betriebswirtschaftslehre für soziale Unternehmen entwickelt werden (s. AG 2);
- entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen, die keine Hemmnisse auf-, sondern abbauen (s. AG 3), identifiziert und vorgeschlagen werden. Hierzu gehören natürlich auch Räumlichkeiten bzw. Immobilien, über die diese Unternehmen langfristig verfügen können müssen (s. AG 4);
- darüber hinaus Vernetzungs- und Unterstützungsstrukturen für soziale Unternehmen aufgebaut werden - ähnlich wie das in Finnland, Flandern und Großbritannien schon passiert, wo es bereits entsprechende Ministerialämter und Unterstützungsstrukturen gibt (s. AG 1).

Wir hier müssen selbst dafür sorgen, dass diese begünstigenden Bedingungen eintreten:

Da der Senat über die Soziale Ökonomie noch relativ wenig weiß, muss er uns (im doppelten Sinn des Wortes) ‚kennen lernen‘ und unsere Kompetenzen nutzen können. Hierfür ist Vorarbeit unsererseits erforderlich.

Der Senat kann jetzt, wo er dem REVES-Netzwerk (das Netzwerk der Städte und Regionen für die Soziale Ökonomie) beigetreten ist, ernst machen: Berlin sollte eine Modellregion für die Soziale Ökonomie werden und dabei soziale Unternehmen wirkungsvoll unterstützen. Wir müssen dem Senat darlegen können, was er damit (ohne Mitnahmeeffekte) gewinnen kann: mehr Arbeitsplätze, mehr Angebote, mehr Binnennachfrage, mehr Steuereinnahmen, damit mehr Stellen und nachfrageträchtiges Einkommen bzw. effektive Gesamtnachfrage usw. usf.

Klar ist, dass die Soziale Ökonomie die derzeitigen sozialen und ökonomischen Probleme nicht allein, sondern nur in Partnerschaft mit dem öffentlichen und privaten Sektor lösen

kann. Klar ist aber auch, dass die Akteure der Sozialwirtschaft sich besser miteinander vernetzen und ihre Unterstützungsstrukturen ausbauen müssen.

Wenn wir dies alles bewirken wollen, sollten wir eine strategische Allianz für die sozialen Unternehmen– eine Koalition der Sozialen Ökonomie – bilden, die auch offen für andere Akteure dieses Sektors ist. Dahin zu kommen, dazu soll uns dieser Info-Tag (und das Folgetreffen) verhelfen.

Die Arbeitsgruppen

AG 1: NETZ und BEST - Unterstützungsstrukturen für genossenschaftliche und soziale Unternehmungen

Heike Birkhölzer, Helmut Geißler

(Protokoll: Jutta Kreibaum und Heike Birkhölzer)

In Deutschland gibt es eine große Vielfalt von sozialen Unternehmen, Genossenschaften, selbstverwalteten Betrieben und Projekten. Die Bandbreite wirtschaftlicher Selbsthilfe allein in Berlin ist riesengroß. Dennoch finden diese Unternehmen in Deutschland nur wenig Beachtung, anders als in europäischen Nachbarländern. Auch besteht ein großer Bedarf an Unterstützungsstrukturen für vorhandene soziale Unternehmen und für Gründungsinitiativen, die sie fachkundig beraten und bei dem Unternehmensgründungsprozess begleiten.

Im Workshop 1 wurden der Unternehmensverband "NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e.V." und die "Berliner Entwicklungsagentur für soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie" BEST in Pankow vorgestellt und mit dem TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe gemeinsam diskutiert und erörtert, welche Formen der Unterstützung gebraucht werden.

1. NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin Brandenburg e.V.

Das NETZ ist ein bundesweiter Unternehmensverband innovativer Klein- und Kleinstunternehmen und Projekte, der den Gedanken der Selbstverwaltung und Kooperation verbreitet und entsprechende Vorhaben umsetzt.

Er hat in Berlin-Brandenburg ca. 120 Mitgliedsbetriebe, diese sind in Handwerk, Handel und als AnbieterInnen von Dienstleistungen tätig. Betriebsgründungen in innovativen Branchen, wie z.B.:

- ökologisches Bauen
- Produktion, Verarbeitung und Verkauf von Naturkost und Naturwaren
- umweltverträglicher Verkehr
- regenerative Energien

gaben wichtige Impulse zur Öffnung neuer Märkte und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

NETZ e.V. fördert die Zusammenarbeit zwischen diesen Kleinbetrieben und Projekten, um ihre Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken. Das NETZ bietet seinen Mitgliedern verschiedene Unterstützungen an:

- Beratung und Hilfestellungen
- Informationen, z.B. Newsletter netz aktuell, Broschüren und Veranstaltungen zur genossenschaftlichen Selbstverwaltung
- Weiterbildung
- Altersvorsorge und Absicherung für den Fall der Berufsunfähigkeit durch günstige Gruppenverträge und ausgewählte Geldanlagen:
- Initiierung von und Beteiligung an Projekten, die dem Erfahrungsaustausch zwischen ökologisch und sozial ausgerichteten Betrieben und Projekten dienen, und ihre gesellschaftliche Bedeutung in der Öffentlichkeit bekannt machen.

NETZ e.V. wurde als Bundesverband Mitte der 80er Jahre aus dem Umfeld von NETZWERK SELBSTHILFE gegründet. Es kooperiert mit verschiedenen Netzwerken und Zusammenhängen alternativer Ökonomie und ist Mitglied in nationalen und europäischen kooperativen Vereinigungen.

Der rechtlich selbstständige Berlin-Brandenburger Landesverband des NETZ wurde 2004 gegründet, seine Mitglieder sind automatisch auch Mitglieder im Bundesverband. Für die Beratung und Begleitung von Unternehmungen wirtschaftlicher Selbsthilfe gründet das NETZ Berlin-Brandenburg ein genossenschaftliches Kompetenzzentrum.

2. Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen – BEST in Pankow

Die Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie BEST in Pankow berät und begleitet Gruppen, Organisationen, und Einzelpersonen, die gemeinsam in Pankow soziale Unternehmen gründen wollen. Sie fördert die lokale Ökonomie in den einzelnen Ortsteilen und die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen. BEST fördert die Stadtteilökonomie durch die Gründung von Sozialen Unternehmen und stellt Kooperationsbeziehungen zwischen Gewerbetreibenden, Initiativen und anderen lokalen Akteuren sowie den Fachabteilungen des Bezirks her. BEST bietet im Bezirk Pankow eine Unterstützungsstruktur auch für bestehende Soziale Unternehmen.

Unter Sozialen Unternehmen versteht BEST Wirtschaftsunternehmen, die soziale und/oder gemeinwesenbezogene Zielsetzungen verfolgen. Ihre Arbeit dient sozialen Zwecken, die gemeinschaftlich bestimmt werden. Gewinne verbleiben im Unternehmen und werden zur Realisierung der sozialen Ziele verwendet. Die Unternehmen sind meist demokratisch organisiert und ihr Handeln ist kooperativ.

Die Entwicklungsagentur BEST wird im Auftrag des Bezirksamtes Pankow von Berlin, Abteilung Kultur, Wirtschaft und öffentliche Ordnung von Technologie-Netzwerk Berlin e. V. betrieben. Der Bezirk Pankow erhält dafür Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) aus dem Programm „Wirtschaftsdienliche Maßnahmen“ und stellt die Kofinanzierung bereit. Die Leistungen der Agentur sind kostenlos.

Die Entwicklungsagentur BEST wurde vor der Einrichtung im Bezirk Pankow modellhaft in drei Berliner Quartiersmanagementgebieten im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ erfolgreich erprobt.

Die Entwicklungsagentur BEST unterstützt, entwickelt und begleitet zurzeit ca. 20 Unternehmen und Gründungsinitiativen im Bezirk aus den Branchen Dienstleistung, Gastronomie / Hotel, Handwerk und Produktentwicklung und stellt in diesem Zusammenhang eine große Nachfrage fest.

BEST unterstützt z.B. durch folgende Leistungen:

- Mobilisierung von GründerInnen im Stadtteil
- Durchführung von Workshops vor Ort
- Beratung, Begleitung und Qualifizierung bei der Entwicklung von beschäftigungswirksamen Projektideen zu tragfähigen sozialen Unternehmenskonzepten
- Durchführung von Machbarkeitsstudien und die Entwicklung von Geschäfts- und Finanzierungsplänen
- Unterstützung bei der Akquisition und Auftragsbeschaffung
- Unterstützung bei der Beantragung von Finanzmitteln
- Aufbau und Pflege eines Ideen- und Ressourcenpools.

Anschließend an die Inputs von Netz e.V. und BEST wurde mit den Anwesenden darüber diskutiert, welche Art und Form der Unterstützung für Soziale Unternehmen gebraucht wird. In der Arbeitsgruppe bestand darüber Konsens, dass berlinweit ein großer Bedarf an Unterstützung besteht und soziale Unternehmen nicht nur einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten, sondern auch Arbeitsplätze bereitstellen können.

Die anwesenden TeilnehmerInnen kamen aus verschiedenen Bereichen. Vertreten war z. B. eine Wohnungsbaugenossenschaft, die die Wohn- und Lebenssituation ihrer älteren MieterInnen verbessern will, indem sie die Gründung eines Nachbarschaftstreffs initiiert und dafür Unterstützung benötigt. Außerdem war ein Vertreter eines Vereins anwesend, der die Umnutzung und Selbstverwaltung einer denkmalgeschützten Hofanlage anschieben will und dafür Unterstützung braucht. Anwesend waren auch VertreterInnen von bestehenden „etablierten“ sozialen Unternehmen und selbstverwaltete Projekten, die auf Unterstützung für die Weiterentwicklung ihrer Unternehmungen angewiesen sind, aber auch UnternehmensberaterInnen und am Thema interessierte Einzelpersonen.

Folgende Punkte wurden unter dem Stichwort „Bedarf“ zusammengetragen und an der Flipchart gesammelt:

1. Es ist eine mangelnde Akzeptanz für soziale Unternehmen in der Gesellschaft vorhanden. Insbesondere die Potentiale und der Mehrwert den soziale Unternehmen erzeugen, sind zu wenig sichtbar, deshalb sollte gemeinsam gehandelt werden und eine Plattform für soziale Unternehmen und soziales Unternehmertum entwickelt werden, um die Rahmenbedingungen zu verbessern.
2. Es besteht der Bedarf an Erfahrungsaustausch, Informationsveranstaltungen, Beratung für Selbstverwaltung und Selbstbewirtschaftung zum Beispiel für Liegenschaften und an der Betreuung und Begleitung von sozialen Prozessen.
3. Den GründerInnen und Gründern fehlen geeignete Räume, die sie auch bezahlen können, zum Beispiel Gründerzentren für Soziale Unternehmen.

4. Ferner fehlt ein Kompetenzzentrum für soziales Unternehmertum bzw. ein Haus der Sozialen Ökonomie, um wirtschaftlich tragfähige Unternehmenskonzepte zu entwickeln, damit „echte“ Arbeitsplätze angeboten werden können .
5. Es fehlen lokale Unterstützungsstrukturen zum Beispiel Agenturen wie BEST Pankow in anderen Stadtteilen.
6. Es fehlen Partnerschaften zwischen „großen und kleinen Unternehmen“ und zwischen der Privatwirtschaft und Solidarwirtschaft („Patenschaften“) sowie Zugang zu Sponsoring für soziale Initiativen.

AG II: Soziale Ziele ökonomisch umsetzen – Wie wirtschaften Soziale Unternehmen?

(Protokoll: Jürgen Schmidt, Artlantica)

Diskussionsgrundlage der anschließenden Debatte im Plenum waren folgende vorneweg festgestellten Punkte:

Was sind soziale Unternehmen?

1. Unternehmen, die soziale Ziele verfolgen und diese ökonomisch umsetzen.
2. Anders als Non-profit-Organisationen wollen sie Überschüsse erwirtschaften, die in die festgelegten sozialen Ziele reinvestiert werden.
3. Das Vermögen wird gemeinschaftlich verwaltet.
4. Innerhalb der Unternehmen gilt eine kooperative Arbeitsweise.

Folgende gemeinsame weitere Merkmale hatten wir im Vorbereitungs-Workshop unserer sozialer Unternehmen herausgefunden:

- statt hierarchische - demokratische Organisationsstrukturen
- statt Kontrolle von oben - Verantwortung von vielen
- statt spezialisierter, rigider Arbeitsteilung - weniger Spezialisierung und gegenseitige Unterstützung

Fragestellungen waren, wie wir soziale (inkl. ökologischer) Zielsetzungen und ökonomische Anforderungen miteinander vereinbaren können und wie wir insgesamt eine tragfähige und nachhaltige Unternehmensstruktur entwickeln können.

Ausgangsfrage des Workshops war: Über welche besonderen Kompetenzen verfügen wir in sozialen Unternehmen und bei welchen (betriebswirtschaftlichen) Instrumenten besteht noch Bedarf?

Was sind die Merkmale unserer sozialer Unternehmen?

1. Wirtschaftlich tätige Unternehmen, die Einkommen erwirtschaften
2. Unternehmen mit sozialen Zielsetzungen, die z.B. Arbeitsplätze schaffen, die Integration von sozial Benachteiligten, In- und Ausländern betreiben. Sie wirken in fast allen Branchen der Wirtschaft.
3. Not for private profit muss im Statut festgeschrieben sein. Dies beinhaltet: a) Wiederverwendung der Überschüsse für soziale Zwecke, b) die Renditeziel stehen nicht im Vordergrund.

4. Gemeinschaftliche Vermögensverwaltung: mit kooperativen Entscheidungsstrukturen bzw. kooperativem Auftreten nach außen; andere Formen der Arbeit und Arbeitsteilung: nicht zentralistisch und bürokratisch ausgerichtet; d.h. andere Arbeits- und Organisationsstrukturen; die Arbeitnehmer verstehen sich oft als „kollektive Unternehmer“, oft ist der Kunde der nachgefragten Waren und Dienstleistungen von sozialen Unternehmen gleichzeitig Mit-Produzent dieser Waren und Dienstleistungen.

Als allgemeine Feststellung aus der Erfahrung heraus ist festzuhalten, dass zum Überleben der sozialen Unternehmen ein tragfähiges Wirtschaftskonzept notwendig ist, u.a. um eine wirtschaftliche Unabhängigkeit von staatlichen Subventionen zu erzielen.

Die Debatte wurde mit folgenden Redebeiträgen eröffnet:

1. Stadtteilgenossenschaft Wedding: Die Geschäftsfelder sozialer Unternehmen sollten sich am Gebrauchswert orientieren, d.h. es sind Felder zu übernehmen, die vom Staat und der Wirtschaft nicht abgedeckt werden.
2. Die Regenbogenfabrik ist gekennzeichnet durch die Übernahme vielfältiger sozialer Tätigkeiten: a) Nachbarschaftshilfe, b) Kinderbetreuung c) Multikulturelle Integration d) Integration Behinderter e) informelle Beratung der Eltern.
3. Die sozialen Zielsetzungen sollten schriftlich in einem Statut oder in der Geschäftssatzung fixiert sein, die soziale Zielsetzung des PAULA-Verbundes ist z.B. im PAULA-Statut und in den Satzungen festgelegt.
4. Der Gebrauch des Begriffs „Soziale Arbeit“ sollte im Sinne von Gemeinwesenarbeit ausgedehnt werden
5. Die gesellschaftliche Anerkennung sozialer bzw. gemeinwesenorientierter Tätigkeiten ist notwendig; ein Forderungskatalog an die Politik ist hierfür zu entwickeln und durchsetzen.
6. Gemeinwirtschaftlich orientierte Unternehmen sind im Gegensatz zu gemeinnützigen Organisationen, die keine Gewinne erzielen dürfen, i.d.R. als nicht-gemeinnützige Vereine, GmbHs oder Genossenschaften organisiert, um Problemen mit dem Finanzamt zu entgehen. Die Existenz von Mischformen sozialer Unternehmen (z.B. beim PAULA-Verbund als GmbH oder Verein) ist eine wichtige Bedingung des Überlebens.
7. Der Abbau von Arbeitsplätzen widerspricht sozialen Zielsetzungen; stattdessen sollten Überschüsse zur Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen verwendet werden.
8. Die Kostendeckung plus Überschusserzielung für notwendige Investitionen ist als unternehmerisches Ziel vorrangig und steht im Gegensatz zum Ziel der reinen Kapitalrentabilitätssteigerung bei konventionellen Unternehmen.

9. Soziale Unternehmen bestehen aus mehreren Personen bzw. Gesellschaftern und schließen „ICH-AGs“ als widersinnigen und von den Neoliberalen eingeführten Ideologiebegriff aus; stattdessen sollten vielmehr soziale Unternehmen im Sinne von „WIR eGs“ entstehen
10. Die Entwicklung eines klaren Selbstverständnisses ist für soziale Unternehmer notwendig, damit die Verbesserung politischer Rahmenbedingungen für soziale Unternehmen effektiver und massiver durchgesetzt werden kann.

Weiterzuentwickelnde Instrumente sozialer Unternehmen sind (gemäß Beiträgen aus dem Teilnehmerkreis):

1. „Büchertisch“-Beitrag: Die Möglichkeit der Einführung eines „Sozialen Franchising“ wurde angesprochen, um ein erfolgreiches Konzept in Kooperation mit bundesweiten Buchläden zu multiplizieren. Bestimmte Funktionen werden von der Zentrale („Franchisegeber“, s.o.) gesteuert, wie Buchhaltung, Controlling, Design, Corporate Identity, Werbung, Marketing. Die Unternehmen bleiben dabei selbständig und eigenverantwortlich; eine Eigenkapitaleinlage ist nicht zwingend erforderlich, sondern vielmehr die Bereitschaft zum unternehmerischen Denken und Handeln. Allgemeine Empfehlung des Plenums: Das vorgestellte Geschäftskonzept wird als Unternehmens-Netzwerk verbreitet, was besser wäre als eine Bezeichnung als Franchising, weil das traditionelle Franchise-Konzept mit seinen oft rigiden Regeln und teuren Folgekosten für soziale Unternehmen nicht in Frage kommt.

Wichtigste weiterzuentwickelnde Instrumente sind:

2. „Soziales Marketing“ - Ein betriebswirtschaftlich neues Instrument, dessen Bedeutung und Umfang mehr als bisher wissenschaftlich erforscht und entwickelt werden sollte (z.B. Label „Sozialstandards“)
3. Finanzierungs- Mix, z.B. bei der Stadtteilgenossenschaft Wedding mit 19 Geschäftsbereichen reicht die Arbeit vom Ehrenamt bis zur Voll-Erwerbsarbeit. Die Finanzierung setzt sich zusammen aus: a) Ehrenamtlicher bzw. freiwilliger unbezahlter Arbeit; b) aus Beiträgen gemeinnützige Partner c) aus wirtschaftlicher Betätigung d) dem Kapital von 87 Mitgliedern e) der Einnahmeerzielung aus öffentlichen und privaten Aufträgen.
4. Die Weiterentwicklung der betriebswirtschaftlichen Instrumente für soziale Unternehmen an den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen der Fachhochschulen und Universitäten ist notwendig, reicht aber nicht aus. Diese Aufgabe sollte bereits in den Schulen und Betrieben in Selbstorganisation und im Rahmen aufzubauender Unterstützungsstrukturen geschehen.
5. Die Installation von „Sekundär-Genossenschaften“ als Konsortium und eine Zusammenfassung der verschiedenen Einzelunternehmen nach dem Modell der sozialen Kooperativen Italiens würde eine wesentliche Vereinfachung der Arbeit der Sozialen

Einzelunternehmen bedeuten (zentrales Marketing, Management, Akquisition).

Zusammenfassung des Plenums:

1. Die Vernetzung und der Aufbau einer gemeinsam nutzbaren Infrastruktur sozialer Unternehmen wurde als sehr wichtig erkannt!
2. Wie bereitet man als soziales Unternehmen neue Märkte auf, ohne dass in jedem Fall eine Entlohnung über Geld erfolgen muss?
3. Wie wird der unternehmerische Erfolg dann neu bewertet?

Offene Fragen für den neu einzurichtenden Arbeitskreis „Betriebswirtschaftliche Instrumente sozialer Unternehmen“

1. Intermediäre Leistungen sind notwendig, aber wie sind diese zu erbringen und zu finanzieren?
2. Es müssen dauerhafte Unterstützungsstrukturen geschaffen werden: Wer finanziert sie und wer bietet sie an?
3. Die Erreichung dauerhafter wirtschaftliche Tragfähigkeit: Wie ist die zu erreichen?
4. Die Verbesserung ordnungspolitischer Rahmenbedingungen ist eine wichtige externe Bedingung sozialer Unternehmen. Wie und in welchem Rahmen können wir die formulieren?

AG 3: Netzwerke und Kooperationen, Chancen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Moderation: Gabriele Klose, ServiceInfo Treff Wirtschaft & Arbeit

Input: Norbert Thömen (Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen in Pankow *BEST*), Dieter Burmeister (Genossenschaft inno-netz)

(Protokoll: Dieter Burmeister)

Den Workshop besuchten 17 Interessierte (inkl. Moderatorin und Inputgeber):

- 5 TN aus Genossenschaften bzw. Gründungsinitiativen,
- 5 TN aus Beratungseinrichtungen (ZdK e.V., BEST, ServiceInfo Treff W&A, Einzelberater, ...),
- 1 TN aus Betrieb (EMOTEC AG),
- 2 TN aus Sozio-kulturellen Initiativen,
- 1 TN Mitarbeiter Fraktion DIE LINKE. im Bundestag,
- 1 TN Lokale Agenda 21 Pankow,
- 2 TN sonstige

Vorstellung von Moderatorin und Inputgebern

Ablaufplanung:

Vorstellung der einzelnen TeilnehmerInnen

Formulierung der Anforderung / Erwartung an den Workshop

Schwerpunkte des Workshops:

1. Genossenschaftsgesetz, zu erwartende Änderungen ab 8/2006
2. Netzwerk / Genossenschaft Versuch einer Definition
3. Beispiele „guter“ Netzwerke / Genossenschaften
4. Probleme von Netzwerke / Genossenschaften
5. Anforderungen an die Politik

1. Genossenschaftsgesetz, zu erwartende Änderungen ab 8/2006

Herr Ass. Jur. Matthias Fiedler, Geschäftsführer des *Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.* (<http://www.zdk.coop>) , Baumeisterstraße 2, 20099 Hamburg (Telefon 040 / 2 35 19 79 – 79, fiedler@zdk-hamburg.de) konnte dazu ausführlich referieren:

- Gründungszweck: Förderung der Mitglieder (bleibt)
- Zweck der Genossenschaft,
Erweiterung des Gründungszwecks auf Kultur und Soziales
- Gründungsmitglieder
bisher 7
neu 3 oder 5 (abhängig von der Entscheidung des Bundesrates in D)
- Vorstand einer Genossenschaft
bisher: 2 Vorstände mindestens, müssen Mitglieder der Genossenschaft sein,
neu: 1 Vorstand mindestens, kann auch von außen bestellt werden,
- Aufsichtsrat
bisher: 3 Aufsichtsräte mindestens, müssen Mitglieder der Genossenschaft sein,
neu: kann bei kleinen Genossenschaften (unter 20 Mitgliedern) entfallen
- mittelbare und unmittelbare Mitgliedschaft
- Prüfung durch einen Genossenschafts-Prüfverband kann bei kleinen Genossenschaften (Jahresbilanzsumme kleiner 2 Mill. Euro) entweder alle 2 Jahre erfolgen oder kann bei Jahresbilanzsumme noch kleiner ganz entfallen
- „investierende“ Mitglieder, d. h. Mitglieder, die sich nur finanziell an einer Genossenschaft beteiligen und damit das Eigenkapital erhöhen, sind möglich, sie haben ein Stimmrecht von 25 % einer „Normalstimme“,
- es besteht die Möglichkeit auf „nichtkündbarem“ Kapital in Genossenschaften,
- es gibt keine Festlegung auf Mindestkapital, die Gründung muß wirtschaftlich begründet sein,

- Es besteht die Möglichkeit zur Gründung von „Assistenzgenossenschaften“, d.h. es können gerade für Benachteiligte Genossenschaften gegründet werden, in denen diese ein besonderes „Vetorecht“ haben.
- Genossenschaftsrecht Europa:
Das europäische Genossenschaftsrecht tritt Mitte August 2006 in Kraft, d. h. dieses europäische Recht wird derzeit in den europäischen Ländern dem regionalen (nationalen) Recht „angepasst“,

Es gibt die Möglichkeit, europäische Genossenschaften zu gründen, mindestens 2 Länder müssen miteinander kooperieren.

2. Netzwerk / Genossenschaft Versuch einer Definition

Was sind Netzwerke?

Netzwerke sind Zusammenschlüsse von Einzelpersonen und/oder Vertreter von Organisationen, die

- bestimmte, klar definierte Ziele verfolgen
- für eine bestimmte Zeit oder auf Dauer bestehen,
- einen klar definierten Zweck verfolgen,
- den „NetzwerkerInnen“ einen Vorteil durch Kooperation verschaffen

Dieter Burmeister brachte Inputs aus einer Studie der TU Chemnitz „Netzwerkuntersuchung“, Bestandsaufnahme im Freistaat Sachsen, Untersuchungszeitraum 7/2001 bis 1/2002

Essenz aus der Studie und dem Workshop:

- es bedarf einer Qualifikation / Qualifizierung zur Gründung und zum Management von Kooperationen,
- Kooperationen sollten auf Dauer angelegt werden, es bedarf dazu genauerer Untersuchungen und weiterer wissenschaftlicher Begleitung, um diesen Prozess zu motivieren und zu begleiten,
- die wirtschaftlichen Effekte / Vorteile von Kooperationen, gerade kleiner KMU untereinander, sollten genauer untersucht und wissenschaftlich begleitet werden
- Genossenschaften könnten, da **vertraglich** auf Eigennutz / Gemeinnutz orientiert, die langfristig beste Garantie für eine wirtschaftliche Kooperationen und damit für eine Belebung der kommunalen Infrastruktur anbieten, Kooperationen, die nach dem Förderzeitraum „zerfallen“ sind oft „Fehlinvestitionen“
- Netzwerke/Kooperationen brauchen klare Zielstellungen („...die gemeinsame Klammer definieren“) und Aufgaben: eine AGENDA muss erarbeitet werden
- Kooperationen / Netzwerke bedürfen eines professionellen Managements, das finanziert werden muss, Erfahrungen, gerade aus dem Ausland, zeigen, daß

sich diese Investition durch erhöhte Steuereinnahmen, durch wirtschaftliche Belebung und durch verminderte Sozialausgaben amortisiert.

Förderprogramme des BMBF zielen zunehmend auch auf Kooperationen kleiner Unternehmen untereinander ab, die Kooperationen bestehen aber leider nur meistens während des Förderzeitraums, Genossenschaften bieten da eine bessere kooperative und nachhaltig wirkende Bindung.

Die Struktur der Unternehmen, gerade in den Neuen Bundesländern, ist gekennzeichnet von kleinen Unternehmen (ca. 30% aller Arbeitsplätze in Unternehmen unter 10 Beschäftigten), mit zunehmender Tendenz.

Diese Unternehmen können wirtschaftlich (auch bedingt durch die EU – Erweiterung) nur überleben, wenn sie (innovative) Kooperationen bilden.

Ideen für wirtschaftliches Handeln sind genügend vorhanden, die alleinige Orientierung auf Schlüsseltechnologien und eine Netzwerkbildung darauf ist falsch.

Kooperationen für wirtschaftliches und soziales Handeln müssen politisch neu verstanden werden, genossenschaftlich organisierte Netzwerke sind eine Chance, die mehr genutzt werden sollte.

3. Beispiele „guter“ Netzwerke / Genossenschaften

Dazu einige Beispiele von Matthias Fiedler und Norbert Thömen:

Stichworte:

- Genossenschaft als regionaler „Motor für Arbeitsplätze“ durch Einbindung regionaler Einrichtungen wie Verwaltungen, Job – Center, Unternehmerkreise, etc,
- Genossenschaft als Faktor regionaler Innovationsförderung, regionalen Innovationstransfers in kleine KMU`s am Beispiel Genossenschaft inno – netz e.G. Berlin,
- Genossenschaft als Standortsicherung für kleine KMU am Beispiel der Genossenschaft Gewerbehof Saarbrücker Str. e.G.
- Lokale Partnerschaft Wedding: verbindliche Partnerschaft aus Vertretern des Bezirks Wedding, der Privatwirtschaft und des Sozialen Sektors, Ziele konkrete Vorhaben zur Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung gemeinsam umsetzen (z. B. Gründung der Stadtteilgenossenschaft Wedding eG und Schaffung eines Präventionsrates in einem sozialen Brennpunktgebiet)
- Das Kommunale Forum Wedding (gegr. 1989) selbst ist ein erfolgreiches Netzwerk mit dem Ziel, die Lebens- und Arbeitssituation im Wedding zu verbessern.

4. Probleme von Netzwerke / Genossenschaften

Netzwerke / Genossenschaften entstehen nicht durch „Einwirkung von außen“, es bedarf einer „Moderation“, die den Ausgleich von Genossenschaftlern als „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmern“ schafft.

Die finanzielle Ausstattung von Genossenschaften ist, entsprechend der Möglichkeiten der NBL, sehr unzureichend.

Bei genossenschaftlichem Kredit (bspw. Sicherung / Sanierung der eigenen Immobilie) gehen die Genossen in Einzelhaftung und vermindern damit die Kreditfähigkeit des eigenen Unternehmens

Allgemein die Haftung der Genossenschaftler innerhalb der Genossenschaft gegenüber dem eigenen Unternehmen, durch die genossenschaftliche Satzung ist ein großer Teil geklärt, das Restrisiko ist genossenschaftliche Haftung und Eigenkapitalbestimmung gegenüber der Hausbank.

Vorschlag: dazu, zu genossenschaftlicher Haftung und Eigenkapitalhöhe, sollten weitere Informationen eingeholt werden.

5. Anforderungen an die Politik

Allgemein: Genossenschaften sollen nicht durch besondere Förderung im Gründungsprozess und Bestand gegenüber anderen Unternehmensformen bevorzugt werden, denn das würde zu einem falschen genossenschaftlichen „Gründungsboom“ (Mitnahmeeffekt von Fördermitteln) führen

- aber, die Genossenschaft muss Zugang zu allen bestehenden und kommenden Förderungen bekommen (keine Diskriminierung).

1. Genossenschaften sind im öffentlichen Verständnis allen andern Unternehmensformen gleichzusetzen, damit wird der gleichberechtigte Zugang zu Finanzierung und Förderung im Vergleich zu anderen Unternehmensformen geregelt, Genossenschaften sind ebenso potentielle Antragsteller wie GmbH, AG oder sonstige Unternehmensrechtsformen,

2. Vereine und Genossenschaften sind die vertraglich / rechtlich verbindlichste und dauerhafteste Form von Kooperationen,

die allgemeine wirtschaftlich – wissenschaftliche Form der Förderung der Bundesregierung stellt auf Förderung kooperativen wirtschaftlich – wissenschaftlichen Handelns ab, Genossenschaften sollen auch hier einen gleichberechtigten Zugang erhalten.

Das bedeutet an einem Beispiel:

Die AiF (Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschung) und ähnliche Förderinstitutionen fördern wirtschaftliche Kooperationen, die sich aber, so die Erfahrung, in den meisten Fällen nach dem Förderzeitraum wieder auflösen. Das ist eigentlich nicht im „Fördersinn“.

Hier sind dauerhafter angelegte Kooperationen zu bevorzugen, Genossenschaften gehören dazu.

3. Regional für Berlin: Das Förderprogramm für Genossenschaften der IBB war nicht effektiv konstruiert. Durch die Gesetzesänderung ab Mitte 8/2006 des Genossenschaftsrechts in der Bundesrepublik bedarf es auch einer Änderung der Förderung von Genossenschaften z.B. über die IBB.

AG 4: Die Häuser denen, die sie nutzen - Immobilien in genossenschaftlichem Eigentum

Die AG wurde moderiert von Anette Schill (Regenbogenfabrik) und Elisabeth Voß (NETZ e.V., OekoGeno eG), das Protokoll erstellte Johanna Erdmann (Regenbogenfabrik)

An der Arbeitsgruppe nahmen ca. 25 Personen teil, die alle für unterschiedliche Projekte gekommen waren. Folgende Projekte waren in der Gruppe vertreten:

- Architektin (Elke Duda)
- attac Berlin
- attac-Argument AG (Wasserprivatisierung)
- Ausnahmsweise e.V.
- barrierefreies ökologisches Hotel
- Christiania - kulturwirtschaftliches Zentrum
- Dienstleistungen rund um den Umzug, Makeln / Wohnprojekte (Elke Tetzlaff)
- Forum Kreuzberg e.V. + eG
- Gemeinsam im Stadtteil e.V.
- Gewerbehof Saarbrücker Straße
- IQ GmbH Berlin-Kreuzberg
- Kommunales Forum Wedding
- Leerstandsinitiative Weissensee
- Leuchtturm Genossenschaft / Mohr Winterer Architekten
- Luisenstadt eG
- NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e.V.
- Netzwerk Selbsthilfe e.V.
- OekoGeno eG
- Regenbogenfabrik e.V.
- Selbstbau eG
- Selbsthilfehaus Soziale Stadtentwicklung e.V.
- Solar e.V.
- Werk- und Wohnprojekt Klein-Glienicke
- WGB Wilhelmsruh eG
- Wohnprojekt "Dacha Feal" (?)
- Wohnungsgenossenschaft Bremer Höhe eG

Das Thema der AG wurde dargelegt.

Danach gab es eine sehr ausführliche Vorstellungsrunde, in der die Erwartungen und Interessen an die AG benannt wurden. Manche Themen wurden auch mehrfach genannt:

- finanzielle Unterstützung

- Solidarität unter den Projekten
- Neoliberalismus umdrehen
- Re-Privatisierung öffentlicher Güter
- Modelle für die Überführung in genossenschaftliches Eigentum
- Finden einer geeigneten Immobilie
- Planung von Wohnprojekten (Pflege, Alter...)
- Suche nach Mitwirkenden
- Erwerb von Wohneigentum auch für Menschen mit geringen finanziellen Mitteln
- Wie funktionieren Genossenschaften?
- Gegenmodelle zur Wohnraumfinanzierung
- Selbstverwaltung/ demokratische Strukturen
- Vernetzung/ Kontakte

Danach war eine offene Diskussion. Wegen der Kürze der Zeit wurden viele Fragen angeschnitten und Ideen in den Raum gestellt:

- Zur Verfügung stehende Grundstücke und Immobilien sollten bekannt gemacht werden. Mehr Transparenz wäre schön für Projekte, die auf der Suche sind. (Liegenschaftsamt, Liegenschaftskataster?) Es gab aber auch schon negative Erfahrungen, dass dadurch andere Interessenten aufmerksam gemacht wurden und das Rennen gemacht haben.
- Es wurde die Forderung laut nach öffentlicher Förderung von Wohnungsgenossenschaften. Welche Lobby gibt es für diese politische **Forderung? Was muss da noch geschaffen werden?**
- Es war allgemein der Wunsch, ein Austauschforum zu schaffen, z.B. im Internet, um Informationen untereinander weiterzugeben. Ein Internetportal wurde durch NETZ erstellt: www.genossenschaften-in-berlin.de
- Welche Genossenschaft passt zu welcher Initiative? Hier wäre eine Liste mit Kurzbeschreibungen hilfreich.
- Welche Arbeitskreise gibt es schon? Es muss nicht alles neu erfunden werden! (z.B. AKS...)
- Ein Fonds, der neuen Projekten ein Startkapital zur Verfügung stellt, wäre für viele in der ersten Phase eine sehr gute Unterstützung – alte Projekte für neue Projekte!, oder Finanzierungshilfen (z.B. OekoGeno)
- Welche Alternativen in der Rechtsform gibt es zu Genossenschaften? (z.B. Mietshäusersyndikat...)
- Es wurde die Frage nach einer Organisation gestellt, die MieterInnen und verkaufswillige HausbesitzerInnen zusammenbringt und berät in dem Prozess der Überführung des Eigentums.
- Umgang mit der Privatisierung von Wohnungsgesellschaften – Was kann getan werden??

Zum Ende wurde der Folgetermin bekanntgegeben zur Fortsetzung der AG.

Mi, 17.Mai 14 Uhr, Büro Mohr/ Winterer, Marienstr.19/20, 10117 Berlin (Mitte)

Zusammenfassung der Ergebnisse

Ergebnisse "Potentiale Wirtschaftliche Selbsthilfe in Berlin", Rathaus Pankow 30.03.06

Zusammenfassung durch Elisabeth Voß

In den Arbeitsgruppen der Veranstaltung "Genossenschaften - selbstverwaltete Betriebe und Projekte - soziale Unternehmen: Potentiale wirtschaftlicher Selbsthilfe in Berlin" am 30.03.06 im Rathaus Pankow erarbeiteten etwa 100 TeilnehmerInnen verschiedene Aspekte dessen, was Vorhaben wirtschaftlicher Selbsthilfe benötigen, um überhaupt zu entstehen, und dann auch erfolgreich weiter zu bestehen.

So besteht ein großer Bedarf an Informationen und Bildungsangeboten zu wirtschaftlicher Selbsthilfe, an Beratung, Betreuung und Begleitung von sozialen und wirtschaftlichen Prozessen, und an Forschung und Entwicklung neuer betriebswirtschaftlicher Instrumente. Genossenschaftliche und soziale Unternehmungen brauchen den Erfahrungsaustausch untereinander, die Vernetzung und Kooperation. Es sind Orte erforderlich für Begegnung, Austausch und Unterstützung, sowie fördernde rechtliche Rahmenbedingungen.

Information und Bildung

- Informationsangebote zur Verbesserung der Akzeptanz für genossenschaftliche und soziale Unternehmen in der Gesellschaft, und zur Sichtbarmachung der Potentiale und des Mehrwerts, den diese Unternehmen erzeugen.
- Bildungsangebote zu allen theoretischen und praktischen Fragen der Gründung und des Betriebs kooperativer Unternehmungen.

Beratung und Begleitung

- Angebote der Beratung und Begleitung für genossenschaftliche und soziale Unternehmungen.
- Dauerhafte lokale Unterstützungsstrukturen in den Stadtteilen.

Vernetzung und Kooperation

- Einbeziehung neuer Partner, Vernetzung und Aufbau einer gemeinsam nutzbaren Infrastruktur genossenschaftlicher und sozialer Unternehmen.
- Die Einrichtung von „Sekundär-Genossenschaften“ als Konsortium und eine Zusammenfassung der verschiedenen Einzelunternehmen (nach dem Modell der sozialen Kooperativen Italiens) mit gemeinsamer Organisation z.B. von Marketing, Management und Akquisition.
- "Soziales Franchising"/Unternehmens-Netzwerk, um ein erfolgreiches Konzept zu multiplizieren. Bestimmte Funktionen werden von der Zentrale („Franchisegeber“) gesteuert, wie Buchhaltung, Controlling, Design, Corporate Identity, Werbung, Marketing. Die Unternehmen bleiben dabei selbständig und eigenverantwortlich; eine Eigenkapitaleinlage ist nicht zwingend erforderlich, sondern vielmehr die Bereitschaft zum unternehmerischen Denken und Handeln.
- Gemeinsame Plattform / Koalition für genossenschaftliche und soziale Unternehmungen und genossenschaftliches/soziales UnternehmerInnentum, zur Formulierung der Bedarfe

(v.a. hinsichtlich der Anforderungen an die Verbesserung ordnungspolitischer Rahmenbedingungen) und zur gemeinsamen Vertretung nach außen.

Orte für Begegnung, Austausch und Unterstützung

- Austauschforum und Ort der gemeinsamen Selbstdarstellung genossenschaftlicher und sozialer Unternehmungen.
- Gründungszentren für genossenschaftliche und soziale Unternehmungen mit bezahlbaren Mieten.
- Kompetenzzentren für genossenschaftliches/soziales UnternehmerInnentum bzw. ein Haus der Sozialen Ökonomie, um wirtschaftlich tragfähige Unternehmenskonzepte zu entwickeln, damit „echte“ Arbeitsplätze angeboten werden können.

Forschung und Entwicklung

- Funktionsweisen und Spielregeln von Netzwerken und Kooperationen.
- Verbesserung der Kenntnisse über bereits bestehende genossenschaftliche und soziale Unternehmungen in Berlin, sowohl quantitativ hinsichtlich Anzahl, Art, Beschäftigten etc., als auch qualitativ zur Frage der Funktionsweise insbesondere hinsichtlich der Frage, wie die Arbeit in diesen Unternehmungen (im Unterschied zu anderen) organisiert ist.
- (Weiter-) Entwicklung betriebswirtschaftlicher Instrumente für soziale Unternehmen in Schulen und Betrieben in Selbstorganisation, und im Rahmen aufzubauender Unterstützungsstrukturen.
- Forschung zu und Entwicklung von betriebswirtschaftlichen Instrumenten an den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen der Fachhochschulen und Universitäten, insbesondere zu den Themen „Soziales Marketing“, Label „Sozialstandards“, Finanzierungs-Mix.

Rechtliche Rahmenbedingungen

- Genossenschaftliche und soziale Unternehmungen sollen nicht durch besondere Förderung im Gründungsprozess und Bestand gegenüber anderen Unternehmensformen bevorzugt werden, denn das würde zu einem falschen genossenschaftlichen „Gründungsboom“ (Mitnahmeeffekt von Fördermitteln) führen.
- Genossenschaftliche und soziale Unternehmungen sind allen anderen Unternehmensformen gleichzusetzen, damit wird der gleichberechtigte Zugang zu Finanzierung und Förderung im Vergleich zu anderen Unternehmensformen geregelt. Genossenschaften sind ebenso potentielle Antragsteller wie GmbH, AG oder sonstige Unternehmensrechtsformen.
- Gleichberechtigter Zugang zur Förderung kooperativen wirtschaftlich – wissenschaftlichen Handelns, z.B. zu Mittel der AiF / Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschung und ähnlicher Fördereinrichtungen für wirtschaftliche Kooperationen. Vorteil: dauerhafte Kooperation über den Förderzeitraum hinaus.
- Anpassung des Förderprogramms für Genossenschaften der IBB an die Änderung des Genossenschaftsgesetzes und an die realen Bedarfe junger Genossenschaften.
- Ausweitung (statt Einschränkung) der rechtlichen Möglichkeiten gemeinnütziger ökonomischer Betätigung für Vereine.

Hausprojekte (Wohnen, Gewerbe...)

- Bekanntmachung zur Verfügung stehender Grundstücke und Immobilien (Liegenschaftskataster).
- Wiedereinführung der öffentlichen Förderung von Wohnungsgenossenschaften.
- Ein Fonds, der neuen Projekten ein Startkapital zur Verfügung stellt, wäre für viele in der ersten Phase eine sehr gute Unterstützung – alte Projekte für neue Projekte.
- Bildungs- und Beratungsangebote zu Organisations- und Rechtsformen von Hausprojekten.
- Organisation, die MieterInnen und verkaufswillige Hausbesitzer zusammenbringt und berät in dem Prozess der Überführung des Eigentums in die Hand der NutzerInnen.
- Alternativen zur Privatisierung von Wohnungsgesellschaften – Was kann getan werden??

Sonstiges

- Partnerschaften zwischen „großen und kleinen Unternehmen“ und zwischen der Privatwirtschaft und Solidarwirtschaft („Partnerschaften“) sowie Zugang zu Sponsoring für soziale Initiativen.
- Seitens der Senatsverwaltung sind feste AnsprechpartnerInnen erforderlich, sowie eine ressortübergreifende Zusammenarbeit (Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung...).